Herr Gräf dankt dem Ersten Beigeordneten für die transparente Darstellung der Informationen. Nachfolgend bezieht sich auf den in der alten Wahlperiode angestrebten Kompromissvorschlag in Bezug auf die Gebührenkalkulation 2009 und dort speziell die kalkulatorische Verzinsung. Würde man dem Vorschlag auf Senkung der Verzinsung wie vorgeschlagen folgen, würde dies zu einer Gewinnreduzierung von einer Viertelmillion Euro führen. Die bereits erfolgten und anstehenden Investitionen in Millionenhöhe für den Ausbau des Abwassersammlers erforderten jedoch aus Sicht der FDP erhöhtes Eigenkapital bzw. eine erhöhte Kreditaufnahme. Dies wäre eine Finanzierung auf Pump und defakto eine Gebührenstabilisierung auf Pump. Die Gemeinde Windeck habe dies über viele Jahre so praktiziert und nun müssten sich die Bürger auf deutliche Gebührenerhöhungen zumuten. Gleiches werde in Eitorf passieren, wenn die Gebühren praktisch gesenkt würden. Es könne nicht sein, dem Bürger ein X für ein U vorzumachen mit der Konsequenz, dass spätestens mit Beschluss der Gebührensatzung 2011 die Rechnung präsentiert und die Gebühren massiv erhöht würden. Zwar sei man mit der Gebührenkalkulation, so wie sie im Beschlussvorschlag für den 15.10.gestanden habe, einverstanden, jedoch nur für 2007 und 2008. Für 2009 und 2010 gelte dies allerdings nicht. Deshalb beantrage man, so wie ursprünglich von der Verwaltung vorgeschlagen, die kalkulatorische Verzinsung bei 5,7 % zu belassen.

Herr Fürbaß erklärt, wieso die CDU seinerzeit die modifizierte Beschlussempfehlung beschlossen habe. Unter Hinweis auf nähere Details erklärt er, dass bei dem seinerzeit zugrundegelegten kalkulatorischen Zinssatz immer noch „Luft nach oben“ zur Bildung von Investitionsrücklagen bestanden habe. In Zeiten der Wirtschaftskrise sollte man den Menschen sagen, wie sich die Kosten zur Zeit darstellten. Was in zwei Jahren sei, könne man jetzt noch nicht sagen. Mit Windeck sei die Eitorfer Situation gar nicht zu vergleichen, da die Gemeindewerke Eitorf auf soliden Füßen ständen. Aus diesen Gründen halte man auch an dem alten Antrag fest.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass man schon in die Zukunft sehen könne. Denn gemäß Abwasserbeseitigungskonzept sei klar, dass weitere Investitionen notwendig seien.

Herr Gräf weist darauf hin, dass man in hoher sechsstelliger Summe Gebühren dadurch erlassen habe, dass man die Auflösung der Zuschüsse etc. zur Gebührensenkung herangezogen habe. Man dürfe man aber auch den Bogen nicht überspannen.

Herr Dr. Peeters ist verwundert über die Bestrebungen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung, wonach die FDP eine Abführung Mehrwertsteuer durch die Gemeindewerke und somit eine Gleichsetzung mit Privaten anstrebe. Alleine dies laufe ja auch schon auf eine Preiserhöhung hinaus, ohne dass die Bürger etwas davon hätten. Auf diese Art und Weise sähe es natürlich gut aus, die Gebühren vorsorglich schon jetzt anzuheben, damit man sie nachher eher wieder etwas absenken könne. Die SPD werde daher den FDP-Antrag und somit den Verwaltungsvorschlag ablehnen.

Nachdem der Erste Beigeordnete und Herr Breuer noch einmal die im Beschlussvorschlag der Verwaltung aufgeführten Gebührensätze genannt haben, lässt der Bürgermeister die Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses außer acht und über den weitergehenden Antrag der FDP-Fraktion, an der ursprünglichen Beschlussempfehlung der Verwaltung festzuhalten, abstimmen.